

Pressemitteilung Nr.: 5/2001

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter tagte in Bremen:

Schwerpunktthema "Zukunft der Freiwilligendienste" in der Bundesrepublik Deutschland aus der Perspektive der Jugendhilfe

Vom 28. bis 30. November 2001 trafen sich die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter zu ihrer 91. Arbeitstagung in Bremen.

Das Schwerpunktthema der Arbeitstagung war die "Zukunft der Freiwilligendienste" in der Bundesrepublik Deutschland aus der Perspektive der Jugendhilfe. Zu Gast war Herr Thomas Thomer, Leiter des Referates "Freiwilligenprogramme, Freiwilligendienste" im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Herr Thomer informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den aktuellen Stand der Novellierung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und anderer Gesetze.

Das Freiwillige Soziale Jahr gibt es bereits seit 1964 und das Freiwillige Ökologische Jahr seit 1993. Diese beiden Dienste werden derzeit durch Modellprojekte in den Bereichen Sport und Kultur ergänzt.

Die in dieser Legislaturperiode geplanten Gesetzesänderungen stellen notwendige inhaltliche Ergänzungen der beiden Dienste dar. Beispielsweise soll zukünftig der Einsatz im Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr auch über die europäischen Grenzen hinaus ermöglicht werden. In der Novellierung des Zivildienstgesetzes ist vorgesehen, dass Kriegsverweigerer künftig statt des Zivildienstes einen Freiwilligendienst ableisten können.

In Deutschland engagieren sich nach einer Erhebung des BMFSFJ insgesamt 22 Millionen Menschen ehrenamtlich. Insbesondere bei den jungen Menschen ist das Interesse, sich freiwillig für unser Gemeinwohl zu engagieren groß. Insgesamt 37 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren sind bürgerschaftlich aktiv. Sie tragen Verantwortung in Vereinen und Initiativen und leisten Freiwilligendienste. Herr Thomer berichtete, dass rund 11.400 absolvierten zur Zeit ein Freiwilliges Soziales Jahr und 1750 ein Freiwilliges Ökologisches Jahr.

Markus Schnapka, Vorsitzender der BAGLJÄ: "Das geplante FSJ-Förderungsänderungsgesetz wird, darüber bestand nach eingehender Diskussion über Stellenwert und Zukunft der Freiwilligendienste bei den Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter in Bremen Einigkeit, nur ein erster Schritt sein können hin zu einem Freiwilligengesetz, das sehr viel umfassender die gesellschaftspolitische Bedeutung des Freiwilligendienstes anerkennt."